

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung
Nr. 634
37. Jahrgang



Postamt Nr. 10
Verkaufspreis
Abonnementpreise

Berliner Tageblatt

Nr. 634
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Sonntag
13. Dezember 1908

Hierzu die illustrierte Halbwochen-Chronik
„Der Welt-Spiegel“ Nr. 100.

Politische Wochenschau.

Von Paul Micholais.

Der Reichstag ist am Freitag in die Weihnachtsferien gegangen, nachdem er sich eine Woche lang mit dem Etat beschäftigt hatte. Wie es bei Staatsdebatten üblich ist, so wurden auch diesmal alle möglichen Fragen und Probleme vorgetragen.

Besonders fehlte es der sehr umfangreichen Rede des Abgeordneten Wasserhann, die sich so ziemlich über sämtliche auswärtigen Fragen erging, an einem festen Programm. Herr Wasserhann zeigte, daß er die Zeitungen sehr fleißig studiert habe, aber er ließ nicht immer erkennen, daß er sich ein eigenes Urteil gebildet habe.

Fürst Bülow machte sich allerdings seine Antwort, die er auf die Fragen aus dem Hause erteilte, ziemlich leicht. Er wußte in seiner Rede vom Montag jeder Situation eine erfreuliche Seite abzugewinnen. Ob es sich nun um die Vorgänge in Italien oder in fernem Osten handelt, überall ist es uns gut bestellt.

Der einzige feste Punkt in der Erscheinungen flucht ist die bestimmte Erklärung des Reichstages, daß wir an der Treue zu dem uns verbündeten Oesterreich festhalten. In dieser Beziehung wird man im Volke den Reichstanzler ganz gewiß bestimmen, nur wird man deshalb doch die Frage aufwerfen dürfen, ob auch die österreichische Politik auf unsere Interessen die erforderliche Rücksicht genommen hat.

Als besonders erfreulich darf es bezeichnet werden, daß Fürst Bülow von manchen Verdrüssenspunkten sprach, die sich bei der Entwicklung der orientalischen Frage zwischen der deutschen und der französischen Politik herausgestellt hätten.

Um so bedauerlicher ist es, daß der freimüthige Abgeordnete Althorn durch seine unbedingte Rede gegen die marokkanische Politik der französischen Regierung den Verständigungsversuchen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich Schwierigkeiten bereite.

Wenn der letzte Grund für unsere nicht ungefährliche Situation wie für unsere finanziellen Kalamitäten in dem Wettrüsten mit England gesucht werden muß, so ist leider nach der zweiten Rede des Reichstanzlers vom Donnerstag nicht daran zu denken, daß sich auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit etwas ändern wird. Die Abklärung war von liberalen Rednern, wenn auch in sehr vorzüglicher Form, wiederholt aufs Tapet gebracht worden, aber Fürst Bülow stellte sich ihr fast völlig ablehnend gegenüber.

Schon bei diesen Fragen werden ja die unangenehmsten Schwierigkeiten des Reiches ihren Schaft an die Reichspolitik. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch sonst die Notwendigkeit einer sparsamen Wirtschaft in den Vordergrund der Erörterungen gerückt wurde.

Zweifellos liegt im Budgetrecht des Reichstages, wenn es richtig gehandhabt wird, die härteste Waffe, eine Waffe nicht dazu, die nicht an der Hand hängt, sondern tatsächlich gebraucht werden muß und schon deshalb nicht einzuwickeln wird. Aber daneben hat sich doch die Notwendigkeit der Schaffung verfassungsmäßiger Garantien als so unumgänglich herausgestellt, daß man annehmen sollte, der Reichstag werde mit aller zutreffenden Beschleunigung erst einmal die erforderlichen Beschlüsse zur Umgestaltung der Verfassung und zur Umgestaltung seiner Geschäftsordnung erörtert werden.

In Gedanken hört die Gemüthsheit auf, daß hat jetzt die Steuerkommission des Reichstages von neuem bestätigt, indem sie mit der Begünstigung der Einzelstaaten bei der Vorlage der Finanzreform scharf ins Gewicht fiel. Sie hat zwar noch nicht rundweg die Bejahung der gestundeten Matrizenbeiträge durch das Reich abgelehnt, aber sie hat doch wenigstens erst einmal die 144 Millionen, die der Bundeshaushalt erwachsen werden sollten, von der Bedarfsberechnung abgesetzt und auf diese Weise auch den Bedarf für die nächsten fünf Jahre selbst vermindert.

Die Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Wien, 12. Dezember. Der Vizekanzler in Konstantinopel, Margraf Pallavicini erklärt heute, wie angefangen, einen Erlaß des Ministers v. Reventhal in dem er mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Pforte betraut und angefangen wird, in dieser Angelegenheit bei der türkischen Regierung Schritte zu unternehmen.

Die Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Wien, 12. Dezember. Der Vizekanzler in Konstantinopel, Margraf Pallavicini erklärt heute, wie angefangen, einen Erlaß des Ministers v. Reventhal in dem er mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Pforte betraut und angefangen wird, in dieser Angelegenheit bei der türkischen Regierung Schritte zu unternehmen.

Oesterreich-Ungarn und die Pforte.

Die Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Wien, 12. Dezember.

Der Vizekanzler in Konstantinopel, Margraf Pallavicini erklärt heute, wie angefangen, einen Erlaß des Ministers v. Reventhal in dem er mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Pforte betraut und angefangen wird, in dieser Angelegenheit bei der türkischen Regierung Schritte zu unternehmen.

Gegenüber den Meinungen von der Einberufung österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger aus dem oberösterreichischen Industriebezirk wird der H. Fr. Presse von informierter Seite erklärt, daß bisher kein einseitiger Bescheid wieder im Inlande noch im Auslande einberufen worden ist.

Konstantinopel, 12. Dezember. (Privat-Telegramm.)

Der „Schurci Nemmet“ bringt heute einen maßvollen, sachlichen Artikel unter der Überschrift „Mein Verrat, sondern ein Dienst“, der an Deutschland gerichtet ist und dessen Vermittlung in der Woytostfrage anregt.

Sophismen der Panlawisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.) Petersburg, 12. Dezember.

Die „Moskowskaja Wremja“ bezeichnet nicht ohne Seitenhieb für Minister Rasnik die neue Phase in der österreichischen Politik, die mit dem Eintreffen der letzten Note Österreichs einsetzt. „Natiwisch“ schreibt sie, halten es die russischen Diplomaten in ihrer bekannten Anzuchtlichkeit für ihre Pflicht, den Inhalt der Note der Öffentlichkeit gegenüber zu verheimlichen.